



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zur Lage des Zolltarifs

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Zur Lage des Zolltarifs

Im Kampf um den Zolltarif scheint eine etwas ruhigere Phase eingetreten zu sein. Teils ist wohl die Jahreszeit die Ursache davon, teils mögen auch bei den industriellen Zollpositionen, mit deren Durchberatung sich die bedauernswerte Tariffkommission abquält, die Geister nicht ganz so oft Gelegenheit finden, hitzig aufeinander zu platzen, wie bei den agrarischen Zöllen. Aber besser geworden sind die Aussichten auf die rechtzeitige Verabschiedung eines neuen Tarifs, wie ihn die Leiter unsrer Politik für die Vertragsverhandlungen haben zu müssen glauben, kaum geworden. Der Entwurf ist nun einmal unter einem übeln Zeichen geboren, und so oft auch seine vortrefflichen Qualitäten versichert werden, das Häuflein der Gläubigen außerhalb der Regierungskreise will weder nach rechts noch nach links im erwünschten Tempo wachsen.

Wir wollen über die angeborenen Fehler des Entwurfs hier nicht mehr sprechen. Das ist in den Grenzboten genügend geschehen, es führt auch zu nichts, den Regierungsleuten begangne Sünden immer wieder vorzuwerfen, wenn sie nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Jetzt kommt es darauf an, im Interesse des Gesamtwohls und der nationalen Politik die verfahrenre Sache so bald wie möglich in ein fahrbares Geleise zu bringen. Die *salus publica* zwingt oft, den Mantel der Liebe über weniger schöne Seiten einer Vorlage zu decken, sogar dann, wenn die, die vielleicht daran schuld sind, nichts einzusehen scheinen und nichts eingestehn wollen. Die verbündeten Regierungen haben in unzweideutigster Form erklärt, daß sie den Bruch mit der bisherigen Handelsvertragspolitik nicht wollen, aber ebensowenig den der Landwirtschaft versprochenen, mit langfristigen Handelsverträgen — wie sie glauben und auch wissen müssen — wohl verträglichen höhern Zollschutz fallen lassen werden. Sie haben dabei wiederholt mit ungewöhnlichem Nachdruck vor Zu- und Aus-land kund thun lassen, daß eine Erhöhung der im Entwurf vorgeschlagenen Mindestzölle oder ihre Vermehrung in keinem Stadium der Verhandlungen für den Bundesrat annehmbar sein würde. Auf der unsrer Überzeugung nach unerschütterlichen Basis dieser Kundgebungen der verbündeten Regierungen muß und kann der Reichstag sehr wohl noch zu Beschlüssen gelangen, die das Zustandekommen des Tarifs in einer für die Regierung brauchbaren Gestalt sichern.

Nur ein durch den ungesunden Parteigeist auch in persönlich gut patriotischen Reichstagsmitgliedern erzeugter böser Wille könnte das endgiltige Scheitern der Vorlage herbeiführen. Um so beschämender ist es, daß man trotzdem die Aussichten des Tarifs immer noch als ungünstig betrachten muß.

Guten Willen von den Sozialdemokraten zu erwarten, ist natürlich von vornherein ausgeschlossen. Die agitatorische Parteitaktik und Parteilüge ist hier alles. Aber ihre Stimmenzahl allein ist weder in der Kommission noch im Plenum eine wirkliche Gefahr für das Zustandekommen des Tarifs, nur durch eine regelrechte, bis zum äußersten getriebene Obstruktion würden sie ernsthaft gefährlich werden. Daß sie zu diesem Mittel greifen werden, sobald sie Erfolg für sich davon erwarten könnten, kann nicht bezweifelt werden. Aber sie sind zu kluge Taktiker, als daß sie sich leichtfertig eine Blamage zuzögen, und sie kennen die Voraussetzungen, unter denen die Obstruktion allein zum Siege führen kann, sehr gut. Ein gewisser moralischer Rechtstitel, an den die große Masse auch über die eigne Partei hinaus glaubt, gehört besonders dazu. Die Obstruente müssen „ins Recht gesetzt“ sein oder scheinen. Die Wiener „Zeit“ brachte darüber vor etwa einem Vierteljahr einen Artikel, der zwar im Einzelnen und im Ganzen manches irrtümliche und doktrinäre enthielt, doch auf richtiges hinwies, indem er behauptete, zur Obstruktion gehöre „Moral.“ Wenn in der Politik so oft das Unrecht siege, sagte er, so doch nur dann, wenn das Unrecht die Macht, im parlamentarischen Leben die Majorität, auf seiner Seite habe und mißbrauche. Die Obstruktion sei aber nicht die Waffe der Majorität, sondern der Minorität. Und die Minorität sei zumeist nicht einmal stark genug, das Recht durchzusetzen, geschweige denn das Unrecht zu erzwingen. Sie könne nur dann ausnahmsweise siegen, wenn ihre Kraft, durch die moralische Gewalt ihrer Bestrebungen gestärkt, die der Majorität aber durch das Unmoralische ihres Thuns geschwächt werde, also praktisch nur, wenn die Majorität einen Rechtsbruch, und zwar nicht einen kleinen, der bloß die Juristen errege, sondern einen großen Rechtsbruch, der jeden guten Bürger in Wallung bringe, an der Minorität begehe.

Das Wahre, was darin liegt, wird der Leser selbst herausfinden. Bis jetzt kann von ernsthafter Obstruktion der Sozialdemokratie in der Zolltarifsache kaum geredet werden. Ihre aussichtslosen Anträge auf Zollfreiheit und die langen Reden darüber haben wohl nicht mehr zur Verschleppung der Beratungen beigetragen, als die Anträge der Agrarier auf Zollverschärfungen, die die Regierung als unannehmbar erklärt hatte, die aber trotzdem von der Mehrheit angenommen worden sind. Es ist klar, daß dadurch das Zustandekommen des Tarifs mehr gefährdet worden ist, als durch die bisherige „Taktik“ der Sozialdemokraten. Auch das Plenum wird die sozialdemokratischen Obstruktionsgelüste zu ersticken vermögen. Nur hüte man sich, sie ins Recht zu setzen, wozu durchaus nicht ein schwerer „Rechtsbruch“ im staatsrechtlichen Sinne nötig wäre, sondern schon ein eklatanter Erfolg politischer Ungerechtigkeit ausreichen würde, den die rücksichtslose Herrschsucht der Parlamentsmehrheit erzwänge.

Auch die Stimmenzahl der Parteien, die sich freisinnig nennen, ist zu klein, als daß sie, auch mit den sozialdemokratischen Stimmen zusammen, das

Zustandekommen des Tarifs verhindern könnte, wenn die übrigen Parteien über seine Verabschiedung einig wären. Aber ungeheuer schwer würde das Verhalten der freisinnigen Reichstagsfraktionen und ihrer ansehnlichen Hintermännerschaft für die Obstruktion ins Gewicht fallen. Wir denken dabei hauptsächlich an den Handelsvertragsverein, dessen Bildung wir als berechtigt, auch in Rücksicht auf die *salus publica*, anerkannt haben, dessen wirtschaftspolitisches Verständnis und dessen patriotische Gesinnung anzuzweifeln für uns bis jetzt kein Grund vorliegt, und dessen zukünftige Bedeutung unsers Erachtens unter Umständen in spätern wirtschaftlichen Kämpfen sehr gut und ersprießlich werden könnte. Im politischen Parteileben von heute gelten moralische Beurteilungen der Taktik nicht als Beleidigungen, und wir glauben deshalb auch niemand zu beleidigen, wenn wir es offen aussprechen, daß sich die Leitung des genannten Vereins in seiner Stellung zum Obstruktionsgedanken einer für uns unbegreiflichen Zweideutigkeit schuldig gemacht hat und namentlich jetzt, wie die Sachen nun einmal liegen, schuldig macht. Daß die Mitglieder des Reichstags und der Tariffkommission, hinter denen der Verein steht, für die im Entwurf durch die Mindestzölle festgelegte Erhöhung der Agrarzölle stimmen sollen, verlangen wir nicht, auch nicht, daß sie den von einer blinden Vorliebe für das Protektionssystem diktierten übertriebenen Erhöhungen der sonstigen Tarifsätze für Agrar- und Industrieerzeugnisse keinen Widerstand leisten. Dadurch wird das Zustandekommen des Tarifs nicht verhindert, wohl aber können dadurch manche Fehler aus ihm ausgemerzt werden. Dagegen muß man bei dem heutigen Stande der Dinge von dem Handelsvertragsverein verlangen, daß er ehrlich und ausschließlich die *salus publica* ins Auge faßt und unter Berücksichtigung der gesamten politischen und wirtschaftspolitischen, auch der Parteiverhältnisse im Inland wie im Ausland den in den oben erwähnten Erklärungen festgelegten Standpunkt der verbündeten Regierungen reiflich in Erwägung zieht und sich schlüssig darüber macht, ob für ihn ein *tolerare posse* möglich oder der rücksichtslose Kampf gegen diesen Standpunkt der Regierung auf dem Wege der Obstruktion im Bunde mit der Sozialdemokratie geboten sei. Ein Drittes giebt es heute für den Verein nicht. Wenn aber die politischen Qualitäten, die wir bisher dem Verein und seinem frühern Führer zutrauen zu dürfen glaubten, ihm noch eigen sind, so kann seine ehrliche Entscheidung nur im Sinne des *tolerare posse* und gegen die Obstruktion fallen.

Daß die Erklärungen der Regierungen unabänderlich sind, steht für uns fest. Es ist das auch die Voraussetzung, unter der wir die Entscheidung des Handelsvertragsvereins für das *tolerare posse* für die einzig mögliche, weil einzig vernünftige und patriotische Entscheidung halten. Wir wissen sehr wohl, daß die Überzeugung von der Unabänderlichkeit des Standpunkts der Regierung von den Parteien nicht durchweg geteilt wird. Die Sozialdemokratie höhnt natürlich darüber, weil sie nichts mehr wünscht, als daß die verbündeten Regierungen dem agrarischen Zwang nachgeben und ihrem so oft und mit solchem auffälligen Nachdruck betonten Standpunkt untreu werden möchten; sie hoffen, damit den bisher fehlenden *casus obstructionis* zu erhalten. Wenn auch im Handelsvertragsverein gegen die Festigkeit des Regierungsstandpunkts noch immer ein gewisses Mißtrauen herrschen sollte, so wäre das wohl daraus

zu erklären, daß fast die gesamte Rechte des Reichstags, Zentrum und Konservative, unausgesetzt dieses Mißtrauen als berechtigt hinstellen. Aber dieses Mißtrauen kann bei der Entscheidung, die wir vom Handelsvertragsverein verlangen, eigentlich gar nicht ins Gewicht fallen. Die Entscheidung ist ja nur unter jener Voraussetzung zu treffen. Aber den bestimmten Erklärungen der Regierungen gegenüber muß die Zweideutigkeit des Handelsvertragsvereins Mißtrauen gegen ihn und seine gegenwärtige Führung wachrufen, und dieses Mißtrauen kommt natürlich niemand mehr zu statten als den agrarischen Ultras.

An die Adresse des Handelsvertragsvereins ist ein kürzlich in Conrads Jahrbüchern erschienener Artikel hauptsächlich und mit Recht gerichtet, dem die Tagespresse offiziösen Ursprung zugeschrieben hat. Manche Wunderlichkeiten des Inhalts deuten darauf hin. In der Hauptsache können wir ihn aber den Adressaten nur dringend zur Beherzigung empfehlen, denn er weist in der That überzeugend und durchaus sachlich nach, daß das Nichtzustandekommen des neuen Tarifs gerade der von den verbündeten Regierungen erstrebten Kontinuität unsrer Handelsvertragspolitik sehr nachteilig werden würde. Der Verfasser zieht für den Fall des Scheiterns der Tarifvorlage zuerst den Gedanken einer Erneuerung der alten Handelsverträge, wie sie sind, auf längere Zeit in Betracht. Daß die Politiker des Handelsvertragsvereins diesen Ausweg als Utopie erkennen müssen, wenn sie die Partei- und sonstigen Verhältnisse bei uns und im Ausland erwägen, unterliegt gar keinem Zweifel. Wollte der Verein seine Unterstützung einer sozialdemokratischen Obstruktion durch den Hinweis auf ihn zu rechtfertigen versuchen, so wäre das ein chikanöser Vorwand, der ihm das Vertrauen jeder ihrer Verantwortung bewußten Regierung in jeder politischen Frage entziehen müßte. Zu zweit ist in dem Artikel der Gedanke der einfachen Unterlassung der Kündigung der bestehenden Handelsverträge erwähnt. Daß man dazu unter Umständen für ein oder zwei Jahre als Notbehelf greifen müssen, ist gewiß nicht ganz von der Hand zu weisen. Aber der dadurch geschaffne Zustand wäre, wenn er länger dauerte, doch gerade das Gegenteil von dem, was der Handelsvertragsverein so dringend von unsrer Zollpolitik verlangt, das Gegenteil von langfristigen Handelsverträgen. Die Unsicherheit würde ganz unerträglich sein. Etwas mehr Sinn hätte scheinbar das Verlangen, daß die Verhandlungen über neue Handelsverträge auf der Grundlage des alten autonomen Tarifs geführt, und die Verträge daraufhin abgeschlossen werden sollten. Wir haben die Notwendigkeit einer gründlichen Revision unsers alten Tariffschemas, das in der Hauptsache Verhältnissen entspricht, die über achtzig Jahre zurückliegen, schon früher in den Grenzboten ausführlicher nachgewiesen, und zwar in voller Übereinstimmung mit den Schriften des Handelsvertragsvereins. Die Vorteile, die der neue Tarif bei den Vertragsverhandlungen unsrer Unterhändler zum Zweck der Erlangung günstigerer Bedingungen für unsre Ausfuhr bietet, sind so klar, daß sich die kaufmännisch versierten Intelligenzen des Vereins ihm ganz gewiß am wenigsten verschließen. Die vielleicht zu große Spezialisierung, und daß die Herren Konzipienten des neuen Tarifs den frommen Wunsch gehabt haben mögen, sie zu übertriebener Schutzzöllerei auszunützen, kann daran nichts

ändern. Ganz unbegreiflich ist es uns auch schon früher erschienen, daß der Handelsvertragsverein der Regierung grundsätzlich die von ihr für die Verhandlungen als unerlässlich erkannten ausgiebigeren Kompensationsobjekte und Druckmittel im neuen Tarif verweigern könnte. Wie der Artikel andeutet, soll der Abgeordnete Gothein, der jetzt für den leitenden Politiker des Vereins gilt, erklärt haben, daß er eine solche Verweigerung nicht wolle. Aber dann soll er auch danach handeln, was er allem Anschein nach nicht zu thun für nötig hält. Die fast schablonenhaft fortgesetzten Anträge auf Herabsetzung der neuen Zollsätze auf das Maß der alten sind in ihrer Tendenz den Anträgen der Sozialdemokratie auf Zollfreiheit bedenklich ähnlich. Vielleicht in der Mehrzahl der industriellen Zollpositionen enthält der alte autonome Tarif gar keine höhern Sätze als der alte Vertragstarif, und diese Positionen sind noch dazu vielfach Sammelpositionen. Da ist doch eine Verschärfung des neuen Verhandlungstarifs angesichts der unbestreitbaren, wenn auch sehr zu beklagenden Zunahme der hochschutzöllnerischen Tarifpolitik im Auslande gerade im Interesse einer liberalern Gestaltung unsrer Handelsbeziehungen zum Auslande nur vernünftig und nötig. Der Handelsvertragsverein würde sich durch eine chikanöse Behandlung auch dieser Frage nicht nur der Regierung gegenüber, sondern auch allen besonnenen liberalen Handelspolitikern gegenüber arg ins Unrecht setzen. Freilich hat in der Abmessung der neuen Zollsätze von vornherein die Absicht einer starken und durchgängigen Erhöhung auch der industriellen Schutzzölle unstreitig eine verhängnisvolle Rolle gespielt, und vollends muß den von der Kommissionsmehrheit beschlossenen weiteren Erhöhungen der Charakter von Kompensationsobjekten vielfach abgesprochen werden. Da muß ausgebeffert werden, was noch auszubessern ist. Aber das könnte die grundsätzliche und chikanöse Opposition gegen ausgiebige Kompensationszölle niemals entschuldigen.

Zuletzt bespricht der Artikel in Conrads Jahrbüchern sehr ausführlich den Gedanken von Verhandlungen über neue Handelsverträge auf Grund des noch nicht zum Gesetz gewordenen Tarisentwurfs. Uns erscheint dieser Gedanke nur als eine unfruchtbare Folge der Berranntheit der ganzen Lage. Es wird sich wohl so leicht kein Geheimer oder anderer Rat in Deutschland, der im diplomatischen Dienst erfahren ist, zum Unterhändler auf dieser in der Luft schwebenden „Basis“ hergeben. Die Ausländer würden uns einfach auslachen, wenn wir daraufhin wirklich Verträge abschließen wollten, die doch in allen Punkten von den Zufälligkeiten der parlamentarischen Parteitreibereien abhingen. Die leitenden Handelspolitiker und Diplomaten auch im Auslande wissen doch längst, wie es bei uns damit aussieht. Die klägliche Zerfahrenheit unsers parlamentarischen Wesens wird auf alle Fälle unsern Unterhändlern die Position den Ausländern gegenüber ungünstiger machen, vollends aber würde diese Wirkung eintreten, wenn der ganze Tarisentwurf unter den Tisch fiel. Das sollte der Handelsvertragsverein denn doch auch, und nicht zuletzt bedenken, ehe er sich entschließt, im Bunde mit den Sozialdemokraten — nicht etwa der Schutzöllnerei unter den Regierungsleuten — sondern der Regierung als solcher, der deutschen Reichspolitik in ihrer Stellung zum Auslande eine Niederlage zu bereiten, die unter allen Umständen eine Krisis von gar nicht abzusehenden Folgen herbeiführen

müßte. Daß Stimmen aus dem Zentralverband deutscher Industrieller neuerdings der Regierung dazu raten, vor Verabschiedung eines neuen Tarifs Handelsverträge zu vereinbaren und sie dann dem Reichstage zur Annahme oder Ablehnung en bloc mit der Devise „Friß Vogel oder stirb!“ vorzulegen, sollte den Handelsvertragsverein doch ernstlich warnen, diese Brücke zu betreten. Die Ablehnung en bloc wäre dann mehr als wahrscheinlich. Und was dann? Das „Kartell der Linken,“ von dem man spricht, würde der Regierung unter keinen Umständen eine Mehrheit bieten, nicht einmal, wenn es sie der Zahl nach erlangen könnte, auf die die Regierung sich zur Anbahnung einer liberalern Zollpolitik stützen könnte. Daß vorbereitende Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und dem Auslande schon jetzt stattfinden, ist selbstverständlich. Von ihnen ist hier nicht die Rede, sondern nur von Verhandlungen zum Zweck der Vereinbarung von Handelsverträgen vor der Verabschiedung eines Zolltarifs.

Unverständlich ist es uns freilich, wie sich der Verfasser des Artikels in Conrads Jahrbüchern darüber folgendermaßen auslassen konnte. Oder ist das etwa eine besondere Feinheit? Gelange der Entwurf nicht zur Annahme — schreibt er —, sei es, daß der Reichstag ihn ablehnte, sei es, daß die Zersplitterung und die Dauer der Beratungen in der Kommission und im Plenum des Reichstags sie in ungemessene Ferne hinausrücke, so würde man darin im Ausland „einen Erfolg der amtlichen Politik zu erblicken nur vereinzelt geneigt sein.“(!) Viel eher sei zu befürchten, daß aus diesem Ausgange der Schluß gezogen werden würde, „die Träger und Organe der Politik des Reichs befänden sich nicht im genügenden Einklang mit der Mehrheit der Volksvertretung oder hätten eine zuverlässige Mehrheit, wie sie für praktische Erfolge der Politik in der Regel dringend erwünscht ist, überhaupt nicht hinter sich.“ Wie konnte man den Lesern von Conrads Jahrbüchern mit so etwas kommen! Sollte die Politik des Fortwurstelns mit dem obligaten Sand in die Augen nach unten und oben und nach links und rechts schon soweit gediehen sein, daß man die Fiktion aufrecht erhalten wollte und aufrecht erhalten zu können glaubte, die Mehrheit der Volksvertretung befände sich in genügendem Einklange mit den Trägern und Organen der Politik des Reichs? Das glaubt heute doch kein Mensch mehr, wo die Misere der Zolltariffrage zum Himmel schreit. Unzweideutig und unausgesetzt müssen Volksvertreter und Volk über die Unhaltbarkeit, Unerträglichkeit und Gefährlichkeit unsrer parlamentarischen Parteiverhältnisse belehrt werden, gerade wegen dieser Misere. Man könnte fast glauben, der Verfasser hätte ironisch werden wollen. Seine wohlgedrechselten Sätze wären zum Lachen, wenn die Sache nicht zum Weinen wäre.

Wer die vier Spezies im Rechenbuche absolviert hat, muß sich sagen, daß die Gefahr für den Zolltarif vor allem in der Hartnäckigkeit liegt, mit der die konservativen Parteien und das Zentrum immer noch ihre längst unsachlich gewordene Opposition gegen den Standpunkt der verbündeten Regierungen fortsetzen. Stünden sie treu zur Regierung, so wäre die Opposition links machtlos, auch der von ihr ersehnte casus obstructionis wäre dann ausgeschlossen, und die Obstruktion selbst würde, wenn sie versucht werden sollte, für ihre Anstifter nur mit einer Blamage enden. Dagegen verlangen die

Agrarier, die die Rechte beherrschen, immer noch, daß sich die verbündeten Regierungen in einer in der parlamentarischen Geschichte des Deutschen Reichs unerhörten Weise vor ihrer Herrschsucht demütigen sollen. Denn nur wer die Unwahrheit sagen will, könnte einen von der Rechten erzwungenen Widerruf der von den berufenen Organen namens der verbündeten Regierungen in so scharfer Form und wiederholt abgegebenen Unannehmbarkeitserklärungen anders bezeichnen. Man vergegenwärtige sich doch endlich einmal die Folgen, die das Gelingen dieser Machtprobe eines parteikonservativen Parlamentarismus haben müßte. Auch wenn es gelänge, bei dem schärfsten und sogar bei skrupellosen Eingreifen der Organe der zur Unterwerfung gezwungenen Regierung bei den neuen Reichstagswahlen eine mächtige agrar-konservative Majorität zu schaffen, so würde damit die Krisis nicht beendet sein, sondern in zerrüttendster Form erst beginnen. Die Obstruktion würde dann gleichsam in Permanenz erklärt und zugleich aussichtsvoll werden. Von einer stetigen, im rechten Sinne konservativen Weiterentwicklung unsers innerpolitischen Lebens könnte gar keine Rede sein. Ein schroffer Umschlag würde natürlich nicht ausbleiben. Und alles dies sollten die guten Patrioten und getreuen Monarchisten in der konservativen Partei und im Zentrum leichtherzig auf ihre Verantwortung nehmen wollen, um vor den Wählermassen draußen auf dem Lande ihr Prestige zu wahren? Denn sachliche Gründe, wie die Abwendung des sonst sichern Ruins der Landwirtschaft, des Bauernstands usw., können unmöglich mehr für die Hartnäckigkeit der agrarischen Opposition geltend gemacht werden, nachdem die verbündeten Regierungen bis auf eine so kleine Differenz den Forderungen entgegengekommen sind. Wir können an eine solche Leichtfertigkeit und Gedankenlosigkeit der Agrarier im Reichstag immer noch nicht glauben.

Aber um so dringender ist auch zu wünschen, daß die im Handelsvertragsverein dominierenden Elemente durch ihre zweideutige Taktik, ihr Kokettieren mit den sozialdemokratischen Obstruktionsgelüsten nicht jetzt noch weiter, wie wir schon sagten, den agrarischen Ultras willkommenes Wasser auf die Mühle leiten, der Regierung das Behaupten ihrer Stellung erschweren. Die Fehler des Zolltarifs sind kein Grund, ihn ganz unter den Tisch zu werfen, ganz abgesehen von der Verwerflichkeit der Obstruktion vom Standpunkt der konstitutionellen Verfassung, die Conrad kürzlich den Herren vom Verein so nachdrücklich zu Gemüte geführt hat.

In Schmollers Jahrbuch, im zweiten Heft des laufenden Jahrgangs, ist ein Aufsatz von Dr. Hjalmar Schacht erschienen: „Inhalt und Kritik des Zolltarifentwurfs vom Standpunkte der deutschen Industrie,“ worin die Fehler des Entwurfs meist zutreffend sehr scharf gerügt werden. Wir haben wiederholt auf die verkehrte Industrieschutzöllnerei des Entwurfs hingewiesen und bedauert, daß der Handelsvertragsverein seine sachlichen Angriffe weniger gegen sie, wo er mit größerem Sachverständnis sein Urteil in die Waagschale hatte werfen können, als gegen den Agrarierschutz gerichtet hat. Er ist eben gerade für die Industrieschutzöllnerei viel zu spät aufgestanden. Die Herren haben sich schwerer Unterlassungsünden zu zeihen. Fast die gesamte deutsche Industrie, auch die der Fertigfabrikate, fanden sie im Banne strammer Schutz-

zöllnerischer Organisationen vor, als sie sich erst zu organisieren anfangen. Sie haben der Regierung nicht die geringste Hilfe geleistet. Hätten unsre Geheimräte noch zehnmal mehr Industrielle befragt, der Bundesrat hätte doch immer den Gesamteindruck von ihren Wünschen erhalten: Nur höhere Schutz-zollmauern! Der industriellen Zollerhöhungen im Verhandlungstarif wegen sollte deshalb am wenigsten der Verein den Entwurf zu Falle gebracht zu sehen wünschen. Die Verhandlungstariffäge können durch die Verträge herabgesetzt werden, und dabei der Regierung mit praktischen, sachlichen, staatsmännischen Argumenten und Ratsschlägen gegenüber den rührigen, wohlgerichteten schutzzöllnerischen Beratern an die Hand zu gehn, sollte er jetzt für seine Hauptaufgabe betrachten, nicht aber sich jeden Einfluß durch Kokettieren mit den Obstruktionisten verderben.

Wir geben Schmoller Recht, wenn er in einer Nachschrift zu dem Schacht'schen Aufsatz die Hoffnung ausdrückt, „daß der Tarif trotz seiner Fehler in den Händen einer geschickten Diplomatie immer noch genügende Chancen für Verhandlungen mit dem Auslande biete.“ Es wäre nur sehr zu wünschen, daß, wie wir schon vor Jahr und Tag einmal verlangt haben, unsre nationalökonomischen Autoritäten nicht nur ihre schriftstellernden Schüler zur eingehenden und unbefangnen Besprechung des Zolltarifs veranlaßten, sondern sich selbst mit ihrem ganzen Gewicht und Namen dieser Aufgabe unterzögen. Die große Masse mehr oder minder einseitig gehaltner Vereinsvorträge von Professoren, die dann in Broschürenform den Büchermarkt überschwemmen, haben bisher zur Klärung der parlamentarischen Lage des Tarifs auch nicht das geringste beigetragen. Die Misere der Lage gereicht den derzeitigen Vertretern der nationalökonomischen Wissenschaft nicht gerade zum Ruhm. Möchte auch von dieser Seite der Vernunft und der Wahrheit noch in der letzten Stunde einiger Succurs kommen. Die Lage ist doch wirklich ernst genug.



Italien und die römische Frage

1860 bis 1870

Von Otto Kaemmel

(Schluß)



o standen die Franzosen wieder in Rom wie vor der Septemberkonvention, und Napoleon hatte aufs neue ein kräftiges Mittel in der Hand, Italien durch Verheißung von Zugeständnissen in der römischen Sache in das Bündnis gegen Deutschland hereinzuziehn. Andererseits waren freilich die Italiener über die „Mörder von Mentana“ aufs höchste erbittert und viel eher geneigt, sich im Falle eines Zusammenstoßes mindestens neutral zu halten. Insofern lief diese